

Sächsische Staatsregierung

**Ihr Ansprechpartner**  
Dirk Reelfs

**Durchwahl**  
Mobil +49 173 5643195  
Telefon +49 351 564-2513  
Telefax +49 351 564-2886

presse@smk.sachsen.de\*

Dresden,  
14. März 2018

— **Fachregierungserklärung  
des Sächsischen Staatsministers für Kultus Christian Piwarz**

**„Aufbruch in schwieriger Zeit – neue Impulse für das  
Bildungsland Sachsen“.**

— **\*\*\*Es gilt das gesprochene Wort\*\*\***

Sehr geehrter Herr Präsident,  
meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete,

— Sie alle haben Kinder, Enkelkinder, Nichten, Neffen oder Nachbarn, die täglich ihren Ranzen schnüren und sich auf den Weg in die Schule machen. Ein gewohntes Bild seit Generationen. Sie alle sind Abgeordnete Ihres Wahlkreises, die mit den Problemen des Unterrichtsausfalls, des Lehrermangels oder aber der besorgten Eltern konfrontiert werden. Sie alle kennen die Situation vor Ort. Sie alle wissen, dass der Leidensdruck in der letzten Zeit gestiegen ist, wenn es um Schule geht.

— Sachsens Bildungssystem hat in der Vergangenheit und Gegenwart Schlagzeilen gemacht. Es zählt zu den besten und erfolgreichsten Bildungssystemen Deutschlands. Viele Bundesländer schauen auf uns,

**Hausanschrift:**  
Sächsisches Staatsministerium  
für Kultus  
Carolaplatz 1  
01097 Dresden

www.smk.sachsen.de

**Verkehrsverbindung:**  
Zu erreichen mit den  
Straßenbahnlinien 3, 7, 8

\*Kein Zugang für elektronisch signierte  
sowie für verschlüsselte elektronische  
Dokumente.

adaptieren unsere Lehrpläne, Konzepte und Grundsatzpapiere. Sachsen ist sozusagen Klassenbester unter allen Bundesländern.

Sachsen hat es sich über Jahre geleistet, junge, gute Lehrerinnen und Lehrer wegzuschicken. Sachsen hat sie ausgebildet und ziehen lassen, nach Bayern, Baden-Württemberg, Hessen, Niedersachsen, Thüringen, Brandenburg oder Sachsen-Anhalt.

Nun hat uns die Realität eingeholt. Die Annahme, dass wir für unser hoch gelobtes, erfolgreiches Bildungssystem die Lehrerinnen und Lehrer bekommen, die wir brauchen, hat sich als falsch erwiesen.

Die Zahlen des aktuellen Einstellungsverfahrens vom Februar stimmen nicht nur mich sehr nachdenklich. Sie offenbaren, was wir befürchtet haben: Wir konnten erstmals nicht alle freien Stellen besetzen, auch nicht mit Seiteneinsteigern, deren Anteil mit über 60 % doppelt so hoch wie im vergangenen Jahr ist. Es ist nicht mehr 5 vor, sondern bereits 5 nach 12!

Unser erfolgreiches System kommt an seine Grenzen. Es droht massiver Qualitätsverlust. Wir müssen handeln!

Jetzt geht es darum, die **Zukunft der Bildung in Sachsen** mit gezielten, durchgreifenden Maßnahmen **zu sichern**. Denn, meine Damen und Herren, auf unserer Spitzenposition, die wir seit vielen Jahren im nationalen Bildungsmonitoring belegen, können wir uns keinesfalls ausruhen. Das gute Abschneiden ist kein Selbstläufer!

Vielmehr haben wir dieses Ergebnis den gut ausgebildeten, engagierten Lehrerinnen und Lehrern zu verdanken, die unser Bildungssystem seit 1991 aufgebaut und maßgeblich mit ihrem Können und Einsatzwillen geprägt haben.

Ihnen möchte ich ganz besonders danken und meinen Respekt für ihre großartige Arbeit ausdrücken. Sie haben das sächsische Bildungssystem zu einem bundesweit anerkannten Erfolgsmodell entwickelt.

Viele dieser Lehrerinnen und Lehrern haben sich jetzt entweder in den Ruhestand verabschiedet oder tun es in absehbarer Zeit. Und deshalb bleibt der Generationenwechsel in den Lehrerzimmern die zentrale Herausforderung.

Meine Damen und Herren Abgeordnete,

Bildung fängt bei uns nicht erst in der Schule an.

Die Weichen für eine solide Bildung werden neben dem Elternhaus auch in der Kita mit der **frühkindlichen Bildung** gestellt. Ein gelingender Übergang in die Grundschule ist für das einzelne Kind für seinen weiteren Bildungsweg entscheidend, denn: „Auf den Anfang kommt es an“.

Mit dem Bildungsplan wurden dafür die notwendigen Voraussetzungen geschaffen. Darauf bauen wir auf, indem wir das Schulvorbereitungsjahr, das in der Verantwortung der Kita liegt, inhaltlich noch deutlicher akzentuieren.

In Sachsen haben wir sehr hohe Betreuungsquoten, denn die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist seit je her ein wichtiger Anspruch. Im Bereich der Krippe liegen sie bei 44 %, im Kindergarten bei 95 %, im Hort bei 84 % der jeweiligen Altersgruppe.

Innerhalb von 10 Jahren hat sich die Zahl der betreuten Kinder um fast 100.000 erhöht. Dahinter steht eine beachtliche Leistung aller Träger und vor allem der Fachkräfte in der Kindertagesbetreuung. Ein herzlicher Dank an die Erzieherinnen und Erzieher für ihre wertvolle Arbeit.

Aus diesen Entwicklungen wird deutlich, dass Handlungsbedarf besteht. Deshalb haben wir uns auf den Weg gemacht, den **Personalschlüssel schrittweise zu verbessern**. Damit werden bis 2019 über 2000 Fachkräfte mehr im System der Kindertagesbetreuung tätig sein.

Flankiert wurde diese Entwicklung durch den **Ausbau der Ausbildungsangebote** für staatlich anerkannte Erzieherinnen und Erziehern an öffentlichen und freien Fachschulen. Rund 2.000 Fachkräfte werden jedes Jahr fertig und stehen als Ersatz für ausscheidende verdiente Kita-Erzieherinnen und Erzieher zur Verfügung. Und ich freue mich auch, dass darunter auch immer mehr Erzieher sind.

Um den steigenden Betreuungsbedarf bei gleicher Qualität der Betreuungsangebote zu gewährleisten, wollen wir die Rahmenbedingungen weiter verbessern. Dazu sind wir fest entschlossen und wollen im kommenden Doppelhaushalt entsprechende Maßnahmen verankern.

In welcher Form das geschieht, soll jetzt in einem **Dialogprozess** unter Einbeziehung der Eltern und der Kita-Fachkräfte ermittelt werden. Dabei fragen wir diejenigen, die im System frühkindliche Bildung tätig sind. Nicht gegeneinander, sondern miteinander wollen wir die frühkindliche Bildung in Sachsen weiterhin verbessern. Dass etwas getan wird, dafür steht unser Ministerpräsident und dafür stehe ich.

Die höhere Geburtenrate und der Generationenwechsel machen auch vor den Schulen nicht Halt. Auch deshalb wirbt das Sächsische Staatsministerium für Kultus bereits seit 2012 aktiv um junge Lehrerinnen und Lehrer.

Trotz einer breiten Palette an **Aktivitäten zur Personalgewinnung** im Rahmen der Kampagne „Lehrer werden in Sachsen“ haben wir nicht die gewünschte Zahl an Bewerbern bekommen können.

Um es ganz klar zu sagen: Das Angebot, das wir bisher unterbreitet haben, ist offensichtlich für Einsteiger in den Lehrerberuf nicht attraktiv genug. Das zeigen die Abwanderungen der hier ausgebildeten jungen Lehrerinnen und Lehrer nach Sachsen-Anhalt, Brandenburg und in die westlichen Bundesländer.

Denn nicht nur Sachsen, sondern alle Bundesländer suchen händeringend neue Lehrerinnen und Lehrer. Die Schlagzeilen aus den Medien sprechen für sich:

**Lehrermangel in Berlin: In der Klasse mit einem Quereinsteiger**

(tagesspiegel.de: 3. Februar 2018)

**Lehrermangel an Grund- und Oberschulen: Bayern stoppt Frühpensionierung**

(br.de: 26.06.2017)

**Lehrermangel in Baden-Württemberg**

(Stuttgarter Zeitung: 07. April 2017)

Auf den Punkt gebracht: Wir sind nicht nur mit den Einstellungszahlen im Rückstand; unsere Wettbewerber schlafen nicht, sondern kämpfen in einem beinhalten Wettbewerb um den Nachwuchs. Die Konkurrenzsituation mit den anderen Bundesländern verschärft sich.

Zwei Länder verbeamten derzeit nicht, Berlin und Sachsen. Das sind auch die beiden Länder mit dem höchsten Anteil an Seiteneinsteigern. Aber Sachsen hat etwas, das Berlin nicht hat – einen ländlichen Raum.

Meine Damen und Herren,

wenn wir jetzt nicht umsteuern, wenn wir jetzt keine Wettbewerbsfähigkeit herstellen, indem wir wie 14 andere Bundesländer die Lehrerinnen und Lehrer verbeamten, werden wir nicht nur Verlierer auf dem Lehrermarkts sein, nein, wir werden das Niveau unseres erfolgreichen, anerkannten sächsischen Bildungssystems nicht halten können.

Ja, es geht darum, den Lehrerberuf für junge Leute attraktiv zu machen. Deshalb **verbeamten wir ab 1. Januar 2019 grundständig ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer bis 42 Jahre** und zwar für einen Zeitraum von 5 Jahren für den Einstieg in das Beamtenverhältnis.

Als Konsequenz und als Anreiz, den Vorbereitungsdienst im Freistaat Sachsen zu absolvieren, **werden Referendare und Lehramtsanwärter zum gleichen Zeitpunkt im Beamtenverhältnis auf Widerruf eingestellt.**

Zugleich erhalten sie, vorausgesetzt sie bestehen erfolgreich das Zweite Staatsexamen, eine **Einstellungsgarantie für die Schularten Grundschule, Förderschule und Oberschule.**

Bei den Schularten Gymnasium und Berufliche Schulen wird die Einstellungsgarantie bis auf weiteres für bestimmte Fächer bzw. Fächerkombinationen und berufliche Fachrichtungen ausgesprochen.

Unser Ziel ist es, hier in Sachsen ausgebildete Lehrkräfte nicht mehr in der S-Bahn nach Halle oder auf der A13 in die A 13 zu verlieren.

Aber eines ist auch klar, wir müssen denen, für die das Angebot der Verbeamtung nicht mehr in Frage kommt, die unser erfolgreiches Bildungssystem aufgebaut und die Last der vergangenen Jahre getragen haben, Anerkennung und Wertschätzung zukommen lassen. Sie haben große Einschnitte hinnehmen müssen, sei es die verpflichtende Teilzeit, die sich deutlich auf ihre Altersbezüge auswirken wird oder aber die Erhöhung der Stundenzahl.

Und dennoch haben sie ihre Arbeit immer als Berufung gesehen und tausende junge Menschen aufs Leben vorbereitet. Davon haben nicht nur die jungen Menschen profitiert, sondern ganz Sachsen - auch viele von uns hier in diesem Saal. Und unsere Kinder und Enkelkinder werden ebenfalls davon profitieren.

Deshalb beinhaltet das Handlungsprogramm zahlreiche Maßnahmen für diese Lehrerinnen und Lehrer. Indem wir Beförderungssämter schaffen und ein leistungsorientiertes Prämiensystem einführen, zeigen wir gerade auch gegenüber dieser Generation von Lehrkräften unseren Respekt. Es gibt kein Gegeneinander zwischen Jung und Alt, sondern es soll ein Miteinander geben.

Die Lehrkräfte in unserem System, die die Grundlagen für den weiteren schulischen Erfolg legen, sind **unserer Grundschullehrerinnen und Grundschullehrer**. Grundständig Ausgebildete erhalten ab 1. Januar 2019 eine Besoldung nach der **Besoldungsgruppe A 13** beziehungsweise eine Vergütung nach der **Entgeltgruppe E 13**.

Dazu zählen auch die gut 4.000 Lehrerinnen und Lehrer unterer Klassen und die anderen mit DDR-Abschluss. Sie haben unterschiedslos seit 27 Jahren die gleiche Arbeit geleistet und damit zum sächsischen Bildungserfolg beigetragen.

Unter Einbeziehung einer Änderungskommission wollen wir in einem unbürokratischen Verfahren die Abschlüsse anerkennen, um die Vergütung der Lehrer mit DDR-Ausbildung schnellstmöglich an die Vergütung der Lehrer mit Ausbildung nach neuem Recht anzupassen.

Die Höhergruppierung ist eine deutliche Verbesserung und Anerkennung, gerade auch für diejenigen, die nicht mehr verbeamtet werden können. Unter den Bundesländern nehmen wir damit eine Spitzenposition ein.

Zudem machen wir damit die Tätigkeit in der Grundschule attraktiver auch für Lehrerinnen und Lehrer aus anderen Schularten, denn gerade an den Grundschulen haben wir hohen Einstellungsbedarf.

Ich hoffe, wir werden mit diesem starken Signal keine weiteren an sächsischen Universitäten gut ausgebildeten Absolventinnen und Absolventen im Grundschullehramt an unsere Nachbarländer verlieren, weil diese schon länger oder schon immer verbeamteten.

Es bleibt nicht nur bei den Höherstufungen von Oberschul-, Förderschul- und Grundschullehrkräften. Ab 1. Januar 2019 werden **20 Prozent funktionslose Beförderungsstellen** in die **E 14 für die nicht verbeamteten, grundständig ausgebildeten Lehrkräfte** an den weiterführenden Schulen vorgehalten. Damit schaffen wir Aufstiegsmöglichkeiten für die, die sich besonders engagieren.

Außerdem erhält jede Schule ab 1. Januar 2019 ein **frei aufteilbares Prämienbudget** zur Ausgabe individueller und kollektiver Leistungsprämien. Dafür stehen im Durchschnitt 300 Euro für jede Lehrerinnen und jeden Lehrer pro Jahr zur Verfügung. Über die Vergabe entscheidet die Schulleiterin oder der Schulleiter in Abstimmung mit dem Örtlichen Personalrat.



Das **Handlungsprogramm** ist kein Reparaturpaket, sondern ein **umfangreiches Maßnahmenbündel für alle** Lehrerinnen und Lehrer. Es wird Nachteile für Bewerberinnen und Bewerber ausgleichen und nachhaltig die Wettbewerbsfähigkeit Sachsens auf dem Lehrerarbeitsmarkt herstellen. Wir schließen auf zu unseren Wettbewerbern.

Mit dieser **Trendwende nach 27 Jahren** haben wir gezeigt, dass diese Regierung sich an der Realität orientiert, die dafür erforderlichen Mehrheiten organisiert und die notwendigen Entscheidungen trifft. Wir stellen uns ganz klar der Realität. Wir wollen die Probleme lösen. Wir investieren zusätzlich 1,7 Milliarden Euro in die Bildungspolitik und damit in die Zukunft unserer Kinder und unseres Landes.

Meine Damen und Herren Abgeordnete,

in der gesamten Lehrerbildung wurden in den letzten Jahren große Anstrengungen unternommen, um wieder mehr Lehrernachwuchs zu gewinnen. Ich verweise da auf die **Zielvereinbarungen mit lehrerbildenden Hochschulen**. Diese beinhalten konkrete Angaben, wie viele Studienanfänger je Studienjahr in den einzelnen Lehrämtern und Fächern immatrikuliert werden sollen.

Aus den bisher vorliegenden Berichten ist erkennbar, dass dieses Steuerungsinstrument Wirkungen entfaltet. Mit der aktuellen **Erhöhung der Studienkapazität** für Studienanfänger im ersten Fachsemester von insgesamt 2.000 auf 2400 ist nochmals ein quantitativer Aufschwung gelungen.

Ja, das ist sehr erfreulich und vor dem Hintergrund der vor uns liegenden Altersabgänge im Lehrerbereich dringend notwendig. **Es muss uns aber auch**

**gelingen, diese jungen Absolventinnen und Absolventen in Sachsen zu halten.**

Den **Aufgabenzuwachs** der um ein Vielfaches gestiegenen Einstellungen muss die Kultusverwaltung weitgehend mit vorhandenem Personal bewältigen, hier insbesondere das **Landesamt für Schule und Bildung**. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben in den turbulenten und schweren Zeiten der letzten Jahre viel geleistet, dafür möchte ich mich bei ihnen an dieser Stelle ganz herzlich bedanken.

Mit dem Ziel, die **Servicequalität zu verbessern**, finden deshalb gegenwärtig **flächendeckend Fortbildungen** für diese Kolleginnen und Kollegen statt. Wir wollen sie damit bei ihrer Arbeit unterstützen.

Es ist mir wichtig, dass all die Maßnahmen aus unserem ambitionierten Programm schnell umgesetzt werden und im System ankommen. Deshalb wird eine Stabsstelle auf Leitungsebene unter Federführung von Staatssekretär Wolff die Personalreferate der Standorte des Landesamtes für Schule und Bildung bei diesem Prozess fortwährend begleiten und unterstützen. Die Umsetzung des Handlungsprogramms ist Chefsache.

Zudem geben wir den Schulen die Möglichkeit, sich Bewerberinnen und Bewerbern gegenüber zu präsentieren und Einstellungsgespräche selbst zu führen. Dadurch können zum einen die Akteure vor Ort gezielter als bisher Personalgewinnung in eigener Sache betreiben und zum anderen Interessierte sich unmittelbar für ihre Wunschschule bewerben.

**Mit den schulscharfen Einstellungen stärken wir die Eigenverantwortung von Schulen** beim Einsatz personeller Ressourcen. Dieses zentrale

bildungspolitische Ziel ist nicht erst seit dieser Legislaturperiode im Fokus. Vielmehr wurde es mit der Novellierung des Schulgesetzes deutlicher als bisher herausgestellt.

Verantwortung für schulische Qualität trägt in erster Linie die Schule vor Ort. **Eigenverantwortung** impliziert damit **eine Gestaltungsaufgabe für die Schulleitungen** und beinhaltet zugleich **einen Unterstützungsauftrag für die Schulaufsicht**.

Auch **beim Umgang mit finanziellen Mitteln wird die Eigenverantwortung der Schulen zukünftig weiter gestärkt**. So können Schulleiterinnen und Schulleiter schulische Abläufe flexibel und individuell vor Ort gestalten und die Qualität der schulischen Arbeit weiterentwickeln.

Im Rahmen der **pauschalisierten Zuweisung von Lehrerarbeitsvermögen** wollen wir den Schulen erstmalig die Möglichkeit geben, offene, aktuell nicht besetzbare Stellen in Geld umzuwandeln, so dass sie externen Sachverstand und Unterstützung einkaufen können.

Ob Schulbibliotheksdienste, Unterstützung der schulischen Öffentlichkeitsarbeit, Assistenz im Unterricht oder bei Exkursionen u.v.m. – die Schule soll selbst entscheiden, wo und wie sie die Mittel einsetzt. Wichtig ist, dass Lehrkräfte noch mehr Unterstützung in ihrer komplexen pädagogischen Arbeit erfahren und sich noch besser auf das Kerngeschäft Unterricht konzentrieren können.

Wir haben sehr erfolgreich seit 2005 an sächsischen Schulen ein vielfältiges Ganztagsangebot etabliert. Dabei hat sich die Angebotspalette an den Schulen über die Jahre sehr gut entwickelt. Die Verwaltungsverfahren wurden auf das Notwendigste vereinfacht. Ganztagsangebote sind somit integraler Bestandteil des Schullebens an vielen Schulen geworden.

Mit dem neuen Schulgesetz werden Ganztagsangebote nun an allen allgemeinbildenden Schulen eigenverantwortlich ausgestaltet und umgesetzt. Dafür sollen ab dem 1. August 2019 schuljährlich 13,5 Millionen Euro mehr zur Verfügung stehen.

Solange wir den Bedarf nicht mit grundständig ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrern decken können, werden wir weiterhin **Seiteneinsteiger** einstellen müssen. Aus diesem Grund ist es unentbehrlich, dass wir ihnen die Möglichkeit eröffnen, sich zeitnah zu vollwertigen Lehrerinnen und Lehrern weiterzuentwickeln.

Die **dreimonatige Einstiegsfortbildung ist etabliert, wird umgesetzt** und findet in der Zwischenzeit selbst bei den anfänglichen Skeptikern Anerkennung. In Abhängigkeit von ihrer individuellen Vorqualifikation müssen sich Seiteneinsteiger darüber hinaus grundsätzlich berufsbegleitend qualifizieren

Diese **Qualifizierungsmaßnahmen** sind so angelegt, dass sie mittelfristig zu einem Ausbildungsniveau führen, das mit dem von grundständig ausgebildeten Lehrkräften gleichgestellt ist. Damit wird ein wichtiger Standard gesetzt, der auch mit den Interessen- und Personalvertretungen einvernehmlich verhandelt ist.

Anzuerkennen ist in besonderer Weise, dass die Universitäten in Chemnitz, Dresden und Leipzig sowohl den Aufwuchs an grundständig Studierenden in den Lehramtsstudiengängen schultern als auch die Seiteneinsteigerqualifizierung zusätzlich gestalten. Es steht außer Frage, dass wir hier gemeinsam noch mehr tun müssen, denn wir werden mindestens die nächsten zwei bis drei Jahre noch auf Seiteneinsteiger angewiesen sein.

Eine weitere Maßnahme ist die Weiterentwicklung des Sabbatjahres zur **Flexi-Teilzeit**. Danach übernimmt die Lehrkraft für einen bestimmten Zeitraum ein höheres Unterrichtsvolumen, als sie vergütet bekommt und kann dieses zu einem späteren Zeitpunkt ab dem Schuljahr 2023/24 durch eine in gleichem Maße gewährte Ermäßigung der Unterrichtsverpflichtung ohne Einkommensverlust abgelten.

Hier baue ich auf das solidarische Handeln derjenigen Lehrerinnen und Lehrer, die sich von ihrer Teilzeitbeschäftigung nicht gänzlich trennen möchten, jedoch für einen begrenzten Zeitraum bereit sind, gerade Zeiten des Lehrermangels ihr Stundenvolumen zu erhöhen.

Ca. 800 Lehrerinnen und Lehrer haben von der Bindungszulage Gebrauch gemacht und ihren Eintritt in den Ruhestand nach hinten verschoben. Damit bleibt ihr Arbeitsvermögen dem System vollumfänglich erhalten.

Für diejenigen, die eine Weiterbeschäftigung in Teilzeit bevorzugen, ist das Programm „**Senioren-Lehrkräfte**“ genau richtig. Es bietet allen Lehrerinnen und Lehrern unmittelbar vor ihrem Renteneintritt eine Weiterbeschäftigung auf Honorarkraft, ähnlich dem Programm Unterrichtsversorgung, an der eigenen oder einer anderen Schule an. Seniorlehrkräfte begleiten Seiteneinsteiger, Referendare und Praktikanten oder unterstützen die Schulleitung bei ihren organisatorischen Aufgaben.

Damit erreichen wir, dass die derzeit gewährten Anrechnungsstunden für diese Tätigkeiten wieder der regulären Unterrichtsversorgung zugeführt werden können. Für das Programm sollen auch bereits heute in Rente befindliche Lehrkräfte gewonnen werden.

Ich halte es nach wie vor für richtig, dass Lehrerinnen und Lehrer sich auf die pädagogische Arbeit und den Unterricht konzentrieren können. Aus zahlreichen Briefen und den Gesprächen mit Bürgerinnen und Bürgern, Verbänden und Schülervertretungen geht hervor, dass sie - und auch Schulleitungen - den Aufgabenzuwachs der letzten Jahre nicht mehr stemmen können.

Zudem wächst die Heterogenität der Schülerschaft und damit verbunden der Beratungsbedarf und der Bedarf an individueller Förderung. Schule ist zunehmend Reparaturbetrieb für Fehlentwicklungen in der Gesellschaft. Darauf kann nicht allein die Lehrerin oder der Lehrer reagieren.

Für mich liegt klar auf der Hand, dass Assistenzsysteme an Schulen immer wichtiger werden, auch um Entlastung für Lehrer zu schaffen. Deshalb werden wir zusätzliches nichtpädagogisches Personal an die Schulen bringen, das einen Teil der Aufgaben, die jetzt Lehrkräfte erledigen, übernehmen kann, über alle Schularten hinweg. Das Programm „Schulassistenz“ wird perspektivisch ein Drittel aller sächsischen Schulen erreichen. Lehrer können sich dann wieder mehr auf den Unterricht konzentrieren.

Auch die Einstellung von zusätzlich 20 Schulpsychologen gehört zu den entlastenden Maßnahmen für Lehrerinnen und Lehrer.

Meine Damen und Herren,

ich möchte nun auf die schulfachlichen Sachverhalte zu sprechen kommen.

Es ist unser oberstes Ziel, die **zukunftsorientierte Bildung** aller sächsischen Schülerinnen und Schüler auch hinsichtlich der **Chancengerechtigkeit** zu sichern. Deshalb war die **Novellierung des sächsischen Schulgesetzes** überfällig.

Seit April letzten Jahres liegt uns nun ein Gesetz vor, das unser Schulsystem auf sichere Füße stellt. Es ist modern und zukunftsfähig, bildet den Rahmen zur flexiblen, eigenständigen Gestaltung von Schule und sichert Schulstandorte und Schulentwicklung langfristig ab. Die Umsetzung dieses Gesetzes erfordert eine Überarbeitung aller Schulordnungen.

Voraussichtlich im Mai dieses Jahres werden alle novellierten **Schulordnungen** im allgemeinbildenden Bereich veröffentlicht. Im berufsbildenden Bereich ist dies für die Fachoberschule und die Fachschule bereits geschehen. Die Schulordnungen für die Berufsschule und das Berufliche Gymnasium werden derzeit erarbeitet. Mit dem Schuljahr 2018/2019 kommen dann alle novellierten Schulordnungen zur Anwendung.

Insbesondere die Umsetzung der neuen gesetzlichen Regelungen zur **inklusiven Unterrichtung von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf** sind dabei eine Herausforderung. Sachsen hat gut daran getan und tut gut daran, beim Thema Inklusion mit Augenmaß und Vorsicht vorzugehen. Niemandem ist gedient, wenn wir die Beteiligten überfordern. Wir brauchen auch hier Akzeptanz – bei den Lehrerinnen und Lehrern, bei den Eltern und in der Öffentlichkeit.

Die neuen Regelungen müssen in den Kontext der bisherigen inklusiven Angebote gesetzt werden. Die Vielfalt der Förderorte – Regelschulen ebenso wie Förderschulen - und ein gestärktes Elternwahlrecht sind uns wichtig. Eine Abschaffung der Förderschulen wird es nicht geben. Sie sind ein wichtiger Bestandteil in unserer Schullandschaft. Wir stehen zu den Förderschulen im Freistaat Sachsen und ihrer hervorragenden Arbeit.

Es ist gut, dass der **Landtag für das neue Verfahren** an Grundschulen eine **freiwillige Pilotphase** vorangestellt hat und wir vor einer endgültigen Entscheidung zur flächendeckenden Einführung die Erfahrungen auswerten können. Dabei wird sich zeigen, ob der Verzicht auf die Diagnostik in den Förderschwerpunkten Lernen sowie emotionale und soziale Entwicklung im Zusammenhang mit der Einschulung der richtige Weg ist.

Mit Blick auf die Stärkung der Durchlässigkeit des sächsischen Schulsystems und die Anschlussfähigkeit innerhalb des Schulsystems wurde die **Mittelschule zur Oberschule weiterentwickelt**. Die Oberschulen sind das Rückgrat unseres Schulsystems und die Fachkräfteschmiede für Handwerk, Handel und Industrie. Schülerinnen und Schüler erwerben hier einen zentralen Abschluss, um in die Ausbildung und das Berufsleben einzusteigen. Jedes Kind, ob leistungsschwach oder leistungsstark, soll bestmöglich gefördert werden. Angesichts des allgemeinen Fachkräftemangels soll eine individuelle und möglichst frühzeitige Berufsorientierung sichergestellt werden, so dass sie motiviert auf einen guten Abschluss hinarbeiten.

Mit dem Angebot der 2. Fremdsprache wird der Wechsel an ein allgemeinbildendes Gymnasium erleichtert. **Schulsozialarbeiter und Praxisberater** unterstützen in Zusammenarbeit mit Schulen den Schulerfolg der Schülerinnen und Schüler, bereiten sie auf die Berufsausbildung vor oder ermöglichen auch den Weg zu einem studienqualifizierenden Abschluss.

Ab 1. August 2018 werden **an allen Oberschulen Schulsozialarbeiter** eingesetzt. Sie beraten und betreuen Eltern, Schülerinnen und Schüler sowie die Lehrkräfte insbesondere in schulischen und privaten Konflikt- und Krisensituationen mit dem Ziel, dass kein Kind auf der Strecke bleibt. Dadurch



sollen die Schulabbrecherquote gesenkt und Lehrerinnen und Lehrer entlastet werden.

Das **Projekt Praxisberater an Oberschulen wurde ausgebaut**. In diesem Schuljahr sind bereits an 150 Oberschulen (von insgesamt 279) Praxisberater im Einsatz, die die Schülerinnen und Schüler bei der Berufsorientierung in den Klassenstufen 7 und 8 unterstützen. Oberschulen sind die Fachkräfteschmiede für Industriebetriebe, Handwerk und Dienstleister. Zwei Drittel ihrer Absolventinnen und Absolventen beginnen eine duale Berufsausbildung und bilden damit das Rückgrat unserer Wirtschaft.

Das Leitbild einer lernenden Gesellschaft fordert von schulischer Bildung und Erziehung innovative und zeitgemäße Rahmenbedingungen zur Entwicklung einer entsprechenden Lehr- und Lernkultur. Um die Schülerinnen und Schüler fit für die Zukunft zu machen, müssen sie in einer zunehmend medial geprägten Welt auch **Medienkompetenz** als weitere Kulturtechnik erwerben.

Zum einen, damit sie sachgerecht, selbstbestimmt und sozial verantwortlich handeln können; zum anderen, um ihnen anwendungs- und anschlussfähiges Wissen zu vermitteln, mit dem sie den digitalen Wandel in Sachsen - auch mit Blick auf die Gewinnung von Fachkräften im nationalen und internationalen Wettbewerb - mitgestalten. Die SMK-Konzeption **„Medienbildung und Digitalisierung in der Schule“** bildet für die weitere schulische Ausgestaltung eine wichtige Grundlage. Digitalisierung findet im beruflichen Kontext, im gesellschaftlichen Leben und im Freizeitbereich statt, sie muss auch in der Schule stattfinden.

Gerade im Kontext gesellschaftlichen und technologischen Wandels und daraus folgenden Orientierungsproblemen betonen wir den Erziehungsauftrag von

Schule, damit unsere Kinder und Jugendlichen in ihrer Entwicklung zu urteils- und handlungsfähigen Persönlichkeiten unterstützt werden.

**Politische und demokratische Bildung** sind gesamtgesellschaftliche Aufgaben. Schule als öffentliche Einrichtung leistet dabei einen wichtigen Beitrag im Spannungsfeld von Wertgebundenheit und Wertpluralismus.

Kinder und Jugendliche müssen schrittweise an demokratisches Handeln und demokratische Teilhabe herangeführt werden. Damit demokratische Grundwerte zu handlungsrelevanten Einstellungen werden, müssen sie nicht nur demokratische Spielregeln ausprobieren, sondern als aktiv Handelnde in die Tat umsetzen. Eine lebendige Schulkultur mit Gelegenheiten zum Erfahrungshandeln, zu Gemeinschaftserlebnissen und Eigenverantwortung trägt dazu bei, Leistungen und Chancen der Demokratie zu erfahren und zu erkennen.

Dies ist einerseits eine Aufgabe der gesamten Schule und aller Fächer, aber auch einzelne Fächer sind besonders im Fokus. Um diesen Anspruch besser gerecht zu werden, werden die Fächer **Gemeinschaftskunde an Oberschulen und Gemeinschaftskunde/Rechtserziehung/Wirtschaft an Gymnasien** ab dem Schuljahr 2019/2020 bereits **ab Klassenstufe 7** mit einer Wochenstunde unterrichtet.

Und im Zusammenhang mit der Umsetzung des Handlungskonzeptes „W wie Werte“ werden weitere Schritte zur Stärkung der politischen Bildung folgen. Ich möchte gern die Diskussion weiterführen, was die Werte und Grundüberzeugungen sind, die unsere Gesellschaft zusammenhält.

Die genannten neuen Lerninhalte erfordern die Überarbeitung der Lehrpläne und Stundetafel. Verbunden damit ist das Ziel, die überdurchschnittlich hohe

Stundenlast der Schülerinnen und Schüler um 4 Prozent zu verringern. In die Studentafelüberarbeitung sollen alle Fächergruppen einbezogen werden.

Meine Damen und Herren,

als Politiker können wir nicht tatenlos zusehen, wie unser Bildungssystem in Schieflage gerät. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten von uns entschlossenes Handeln und die Bereitschaft, Dinge zu ändern und neue Weg zu gehen, die tragfähig sind.

Die **Einigung der Koalitionspartner zum Handlungsprogramm** ist ein deutliches Zeichen an die Eltern, an Lehrerinnen und Lehrer, an das Parlament und an die gesamte Öffentlichkeit, dass wir uns unserer Verantwortung bewusst sind und dass wir entsprechend handeln.

An dieser Stelle bedanke ich mich bei allen, die sich in den letzten Wochen an den intensiven Beratungen beteiligt haben, insbesondere den Mitgliedern der Koalitionsfraktionen.

Alle Probleme werden wir mit dem Handlungsprogramm "Nachhaltige Sicherung der Bildungsqualität im Freistaat Sachsen" nicht sofort lösen können. Wir kommen unserem Ziel, den Unterricht auch mittel- und langfristig abzusichern, damit jedoch näher. Unser Ziel ist und bleibt, dass mittelfristig wieder alle Einstellungsbedarfe ausschließlich mit grundständig ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrern gedeckt werden.

Meine Damen und Herren Abgeordnete,

das zweigliedrige Schulsystem in Sachsen ist bundesweit anerkannt. Das soll auch so bleiben. Deshalb brauchen wir gut ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer. Wir wollen keine Experimente, wir wollen unser bewährtes und erfolgreiches Schulsystem erhalten. Mit dem Handlungsprogramm können wir auch den nächsten Generationen eine zukunftsfähige Bildung gewährleisten und die Kinder und Jugendlichen optimal auf das Leben vorbereiten.

Ich möchte dahin kommen, dass wir zukünftig weniger über den Mangel reden und lieber intensiv über Bildungspolitik diskutieren.

Der erste Schritt ist mit dem Handlungsprogramm getan. Die Staatsregierung hat gehandelt – gemeinsam, insbesondere mit dem Finanzminister Die Koalition hat gehandelt und einen intensiven Abstimmungsprozess geführt.

Meine Damen und Herren,

wir starten einen Aufbruch in schwieriger Zeit. Wir setzen neue Impulse in der Bildungspolitik – organisatorisch wie inhaltlich. Lassen Sie uns gemeinsam darin nicht nachlassen. Diejenigen, die jeden Morgen zur Schule gehen – egal ob Schüler oder Lehrer – sind jede Mühe wert.

Vielen Dank.